

PLENUM 2018



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Der Zirkus der CSU gefährdet die Bundesregierung

MARTIN BURKERT:

Rangierbahnhof-Bewohner machen Druck auf VONOVIA

CARSTEN TRÄGER:

Musterfeststellungsklage beschlossen

GABRIELA HEINRICH:

Syrien - Deutschland muss Täter bestrafen

MARTINA STAMM-FIBICH:

Neue Patientenbeauftragung der SPD-Fraktion

Zirkus der Populisten

Mit ihrem unsäglichen Theater in der Flüchtlingsdebatte gefährdet die CSU die Große Koalition und führt Wahlkampf auf niedrigstem Niveau.

Das unsägliche Theater zwischen CSU und CDU geht in die nächste Runde. Die Union verschiebt ihre Streitigkeiten, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer vertagen sich auf Anfang Juli. Merkel verhandelt mit führenden EU-Politikern in der Zwischenzeit für eine gesamteuropäische Lösung in der Frage nach der Verteilung und der Aufnahme von Flüchtlingen.

Danach wollen Merkel und Seehofer sich austauschen, Seehofer behält sich weiter einen Alleingang vor. Ein Affront auch in Richtung der SPD als Koalitionspartner – wir werden bisher kaum eingebunden. Auch Seehofers vielfach angekündigter „Masterplan Migration“ bleibt sein Geheimnis. Das lassen wir uns nicht gefallen, folgerichtig fordert unsere Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles eine zeitnahe Sitzung im Koalitionsausschuss.

Wir haben als SPD einen klaren Kompass: Wir stehen für das Grundrecht auf Asyl und eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Klar ist aber auch, dass das Asylrecht kein bedingungsloses Bleiberecht ist. Dass wir in der Flüchtlingspolitik viele Probleme haben, ist kein Geheimnis: Die Gerichtsverfahren bei abgelehnten Asylanträgen dauern viel zu lange, Abschiebungen scheitern an fehlender Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer, noch immer sind nicht alle Identitäten



Aufbruch, Dynamik, Zusammenhalt: Zumindest die CSU hat die Begrifflichkeiten im Koalitionsvertrag nicht verstanden. Für den Wahlkampf in Bayern setzt sie die Große Koalition aufs Spiel.
Foto: Achim Melde/Bundestag

von Flüchtlingen geklärt, ein Konzept für die vielfach angekündigten „Anker-Zentren“ liegt nicht vor. Und was ist eigentlich mit der Integration und der Reform der Integrationskurse mit einem Ausbau der Sprachförderung? Wo bleibt das Einwanderungsgesetz, das Erwerbsmigration und Asyl transparent trennen könnte? Statt als Innenminister die sehr konkreten Probleme im Land mit Sachpolitik zu lösen, setzt Seehofer lieber auf Nebelkerzen, inhaltsleere Überschriften und dramatische Ultimativen.

Nationale Alleingänge in der europäischen Asylpolitik bringen uns nicht weiter, sondern Europa noch weiter auseinander. Letzteres würde auch Bayern schaden. Wir wollen keine

Politik zulasten anderer EU-Staaten, keine Alleingänge. Wir wollen und können keine Mauer rund um Deutschland bauen. Wenn Seehofer die Zukunft Europas aufs Spiel setzen will, machen wir das nicht mit. Wir brauchen für europäische Fragen eine europäische Lösung. Miteinander statt gegeneinander.

Wer einen Landtagswahlkampf mit Erpressungen und Drohungen führen und dabei Europa als Geisel nehmen will, eignet sich nicht wirklich als Vorbild in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Verlässlichkeit. In ihrer panischen Angst vor der Landtagswahl hat die CSU – angefeuert von Markus Söder im Hintergrund – auch ihren letzten Kompass verloren.



Rangierbahnhof: Bewohner erhöhen Druck auf Konzern

Martin Burkert lud zum Dialog ein. Viele Missstände in der Nürnberger Wohnsiedlung. VONOVIA räumt Fehler ein und will zeitnah reagieren.

Nach Beschwerden über fehlende Warmwasserversorgung im Winter boten Stadtrat Lorenz Gradl und ich den Bewohnerinnen und Bewohnern der Rangierbahnhof-Siedlung eine Gesprächsplattform, um mögliche Probleme und Anregungen direkt beim Vermieter anzusprechen. Unserer Einladung folgten neben zahlreichen Mieterinnen und Mietern auch eigens angereiste Vertreter von VONOVIA.

Ende November 2017 berichtete mir ein Bewohner des Neptunwegs, dass es in mehreren VONOVIA-Mietwohnungen kein Warmwasser mehr gebe, da das Gas aufgrund einer defekten Leitung abgestellt worden war. An diesem Zustand änderte sich über viele Wochen nichts. VONOVIA erklärte auf Nachfrage, der Zeitpunkt der Behebung sei „nicht absehbar“. Der Ärger der MieterInnen war angesichts dieser Zustände natürlich groß.

Auf der von uns anberaumten Mieterversammlung am 24. Mai 2018 kamen daneben zahlreiche weitere Themen zur Sprache. Besonders im Fokus stand die von vielen BewohnerInnen als unzureichend empfundene Hausreinigung und Sanierung des Wohnbestands. Manche Wohnungen wurden über dreißig Jahre lang gar nicht saniert, andere auf mangelhafte Weise.

Beispielsweise wurden rutschige Bodenbeläge verbaut, die nicht nur die älteren BewohnerInnen bei Regen vor eine Herausforderung stellen. Darüber hinaus bereitete vor allem die Müllsituation ein großes Ärgernis.

Hinzu kamen zahlreiche Beschwerden über die Vermietung von Eigentumswohnungen über Internetplattformen wie Airbnb, beispielsweise an Urlauber oder Messagäste. Zu dieser Thematik, die nicht nur VONOVIA-Wohnungen betrifft, sondern ein flächendeckendes Problem in Nürnberg darstellt, werde ich einen runden Tisch bei der Stadt anregen.

Bei vielen Themen zeigte die VONOVIA-Regionalleitung Verständnis und versprach, sich der Anliegen der MieterInnen zeitnah anzunehmen. Die Umsetzung dieser Zusagen werde ich weiterverfolgen. Die Rangierbahnhof-Siedlung hat sich in den letzten



Viele Anwohner der Rangierbahnhof-Siedlung waren der Einladung gefolgt, bei der von Martin Burkert moderierten Veranstaltung ihre Probleme vorzutragen.

Jahren stark verändert, nicht immer zum Guten. Aus meiner Sicht war es ein Fehler, die einstigen Bahnwohnungen an große Konzerne wie VONOVIA zu verkaufen. Ich halte es in der heutigen Situation deshalb für notwendig, Mängel offen ansprechen zu können, verbindliche Antworten der Verantwortlichen zu erhalten und diese auch beim Wort zu nehmen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)



Die Eine-für-alle-Klage: Sicherheit für Verbraucher

Am 1. November tritt die Musterfeststellungsklage in Kraft. Verbraucher bekommen nicht nur in der Diesel-Affäre ein starkes Instrument an die Hand.

Zum 1. November kommt sie: Die Eine-für-alle-Klage, im Fachjargon Musterfeststellungsklage genannt. Für alle Verbraucher ist sie ein Meilenstein im Verbraucherschutz. Und aktuell für uns Sozialdemokraten von entscheidender Bedeutung: Das Gesetz greift im Diesel-Skandal. Oder noch einmal deutlicher formuliert: Die neue Regelung kommt rechtzeitig, um den Autofahrerinnen und Autofahrern eine starke juristische Unterstützung bei ihren Klagen gegen die Autobauer zu geben.

Die Verbraucher bekommen also endlich ein schlagkräftiges Mittel von der Politik an die Hand, um sich gegen das zweifelhafte und nicht-tolerierbare Vorgehen der Automobilindustrie zu

wehren. Das neue Gesetz beinhaltet dabei auch eine sogenannte „Verjährungshemmung“, das heißt, dass die Ansprüche auf Schadensersatz kein Ablaufdatum haben.

Recht zu bekommen, geht dann konkret in zwei Schritten. Betroffene können sich in Klageregister bei Verbraucherschutzverbänden eintragen. Die Verbände gehen in Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in ein Musterverfahren, das klärt, ob ein berechtigter Schadensersatzanspruch vorliegt. Bekommen die Verbände vor Gericht Recht, hat nun der einzelne Verbraucher die Möglichkeit im zweiten Schritt seine individuellen Ansprüche durchzusetzen. Die anderen, am juristischen Prozess beteiligten Parteien

profitieren ebenfalls vom neuen Gesetz: Die Gerichte können wir durch diese Bündelung in der „Eine-für-alle-Klage“ entscheidend entlasten. Die Unternehmen bekommen auf diesem Weg Rechtssicherheit und wissen, woran sie sind.

Wir haben auf diesem Weg die Verbraucherrechte gestärkt und sorgen dafür, dass diejenigen, die Recht haben, auch Recht bekommen – jetzt aktuell in der unsäglichen Diesel-Affäre und danach in der Zukunft in anderen Fällen. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land! Wie die Klage funktioniert, finden Sie unter dem angegebenen Link auf der Seite der SPD-Bundestagsfraktion: <https://bit.ly/2l2UbMc>

Sinnvolle Verzahnung von zwei Fachbereichen

Seit diesem Monat bin ich zusätzlich noch Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Damit kann ich als Umweltpolitiker zwei Fachbereiche miteinander verbinden, an deren Zusammenarbeit ein großes Zukunftsthema hängt: Die nachhaltige Landwirtschaft.

Auf dem Weg dorthin gibt es Meilensteine, die beide Ministerien nur

gemeinsam bewältigen können. Größtes Thema ist momentan die Neuausrichtung der EU-Landwirtschaftspolitik in Sachen Förderung. Hier soll die deutsche Regierung eine Stellungnahme abgeben.

Meine Meinung dazu steht fest: Öffentliche Gelder soll es nur für öffentliche Leistungen geben, weg vom Gießkannenprinzip hin zu gezielte-

rer Förderung. Weitere wichtige Aspekte sind eine landwirtschaftliche Strategie zur deutlichen Reduktion von Pestiziden, die Sicherung der Wasserqualität, ein verantwortungsvoller Umgang mit Düngemittel und Saatgut, der Tierschutz, im Zuge der nötigen Reformen das wirtschaftliche Überleben der Landwirte und die 4,5 Millionen Arbeitsplätze im Agribusiness abzusichern.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Straflosigkeit? Nicht mit uns! Täter müssen vor Gericht

Ein syrischer Fotograf hat schwerste Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Die Schuldigen sind auch in Europa. Anklage in Deutschland ist möglich.

Vor dem Bundestag habe ich zum Thema **Straflosigkeit** gesprochen. In **Syrien** sind zwar unvorstellbare **Menschenrechtsverletzungen** begangen worden, die Täter aber laufen frei herum. In **Syrien** oder in der **Zwischenzeit** auch in **Europa**. Das muss sich ändern!

In Nürnberg wird alle zwei Jahre der Internationale Menschenrechtspreis vergeben. Letztes Jahr musste erstmalig geheim bleiben, wer der Preisträger ist. Es handelt sich um „Caesar“. Das ist ein Deckname eines syrischen Militärfotografen, der es geschafft hat, Fotos aus syrischen Folterkellern rauszuschmuggeln. 28.000 Fotos schwerster Menschenrechtsverletzungen.

Täter haben Menschen zu Opfern gemacht

Wir reden hier nicht von einer Naturkatastrophe. Die Fotos zeigen Menschen, die von Tätern getötet und gefoltert wurden. Viele Gruppen haben solche Verbrechen in **Syrien** begangen: Der Islamische Staat (IS), Regierungstruppen, Geheimdienst, Polizei, sonstige Milizen. Die Wenigsten werden dafür zur Rechenschaft gezogen.

Was bedeutet Straflosigkeit?

500.000 Menschen sind im Bürgerkrieg in **Syrien** umgekommen. 1,5

„Deutschland darf kein sicherer Hafen sein für Verbrecher, Vergewaltiger und Folterknechte“

Millionen Menschen haben bleibende Verletzungen davongetragen. Unzählige Frauen (aber auch Männer) sind vergewaltigt worden. Elf Millionen Menschen sind auf der Flucht. Wenn die Täter nicht bestraft werden, bedeutet das eine Verhöhnung der Opfer. Die Angehörigen der Toten, die traumatisierten Überlebenden, sie alle ertragen ein Leben voll psychischer und physischer Schmerzen, während die Täter frei herumlaufen. Versöhnung oder auch nur eine friedlichere Zukunft kann so niemals vorangebracht werden.

Das dürfen wir nicht zulassen – ein Anfang ist gemacht!

Die Gruppe um „Caesar“ hat 2017 dem Generalbundesanwalt die Bilder übergeben. Nicht nur dieser ermittelt jetzt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Auch in Schweden, Frankreich und Österreich wird ermittelt. Das ist wichtig, denn den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag müssen syrische Täter nicht fürchten. **Syrien** ist kein Mitgliedsstaat des Römischen Statuts. Zwar könnte auch der UN-Sicherheitsrat dafür sorgen, dass Verbrecher in Den Haag vor Gericht gestellt werden. Aber das höchste UN-Gremium wird blockiert – von **Russland**.

Die Anklage ist in Deutschland möglich

Deutschland ist eines der Länder, in denen das Weltrechtsprinzip gilt: Unser Strafgesetz sieht vor, Kriegsverbrechern und Folterern den Prozess machen zu können. Auch wenn die Taten nicht in Deutschland und nicht an Deutschen verübt wurden. Die SPD wird nicht locker lassen. Im Bundestag wird die SPD-Fraktion das Thema Straflosigkeit weiterhin im Menschenrechtsausschuss auf die Tagesordnung setzen. Klar ist für uns, dass wir die Aufklärung und Bestrafung von allen Menschenrechtsverbrechen unterstützen und voranbringen wollen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📌 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Neue Patientenbeauftragte

Ein Entschädigungsfonds, die elektronische Patientenakte und die Digitalisierung des Gesundheitswesens sind wichtige Punkte auf der Agenda.

Martina Stamm-Fibich ist neue Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion. Seit 2013 Mitglied im Gesundheits- und im Petitionsausschuss, setzte sie sich bereits dort für die Belange und die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten ein.

Stamm-Fibich fordert einen Patientenschädigungsfonds, der sich auch im Koalitionsvertrag findet. „Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen gibt es leider immer wieder Situationen, in denen Entschädigungsleistungen nicht juristisch einklagbar, aber moralisch zwingend sind. Die Skandale um Contergan und Duogynon sind dafür dramatische Belege“, so die Abgeordnete. Beide Arzneimittel haben eine fruchtschädigende Wirkung und können bei Kindern zu Fehlbildungen führen. Trotzdem wurden sie lange auch Schwangeren verabreicht. Bei Contergan erhielten die Opfer schließlich Entschädigungen, bei Duogynon nicht.



Martina Stamm-Fibich übernimmt nach dem stellvertretendem Vorsitz im Petitionsausschuss auch den Posten der Patientenbeauftragter in der SPD-Fraktion. *Foto: editorial247.com*

Als Patientenbeauftragte möchte Stamm-Fibich auch die Einführung der elektronischen Patientenakte vortreiben: „Sie sorgt für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Davon profitieren die Patientinnen und Patienten vor allem, wenn Ärztinnen und Ärzte schnell entscheiden müs-

sen – das ist regelmäßig bei Notfällen so.“ Bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens hinkt die Bundesrepublik hinterher. Auch der Patientenbeauftragte der Bundesregierung müsse aktiver werden. „Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen“, fordert Stamm-Fibich.

Besuchergruppe erkundet die Hauptstadt

Knapp 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger erkundeten bei einer dreitägigen Informationsfahrt das politische Berlin.

Im Bundestag traf die Gruppe die Erlanger SPD-Abgeordnete zum Gespräch über die aktuelle politische Lage und besuchte anschließend die Kuppel des Reichstagsgebäudes. Auf dem Plan standen zudem er Besuch

des „Tränenpalasts“, dem ehemaligen DDR-Grenzübergang an der Friedrichstraße, die parlamentshistorische Ausstellung im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt und ein Gespräch im Auswärtigen Amt zur Außenpolitik der Bundesregierung. Eine kleine Denkpause boten eine Schiffstour auf der Spree und ein Mittagessen in luftiger Höhe auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz.



Martina Stamm-Fibich mit den Teilnehmern der dreitägigen Berlinfahrt. *Foto: Volker Schneider/Bundesregierung*



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Das Petitionswesen stärken

Martina Stamm-Fibich setzt sich für grundlegende Reformen ein. Ausschuss muss im Parlament mehr Gewicht bekommen. Mehr Debatten sind notwendig.

Private Kampagnenplattformen erfreuen sich wachsender Beliebtheit, beim Petitionsausschuss gibt es seit Jahren weniger Eingaben. Hier offenbart sich seit längerem Reformbedarf. Den gilt es jetzt endlich anzupacken.

Martina Stamm-Fibich setzt sich seit Jahren dafür ein, das Petitionswesen auf die Höhe der Zeit zu bringen, seit kurzem auch als Vizechefin des Ausschusses. „Der Ausschuss wird häufig nicht als die zuständige und auch nicht die beste Anlaufstelle für direkte Beteiligung wahrgenommen. Wenn wir politische Beteiligung und unsere Demokratie insgesamt stärken wollen, müssen wir auch das Petitionswesen stärken“, so die Abgeordnete.

Mit der letzten großen Reform des Petitionswesens führte rot-grün Onlinepetitionen und öffentliche Beratungen ein. Die Folge: Eine Rekordzahl von eingereichten Petitionen,



Weitergabe des Petitionsberichts: Martina Stamm-Fibich übergibt mit den Mitgliedern des Ausschusses den Jahresbericht an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. F: Achim Melde

mehr als doppelt so viele wie heute. Mit dem Ausschussvorsitzenden Marian Wendt (CDU) ist Martina Stamm-Fibich sich einig, dass der Petitionsausschuss aufgewertet werden muss und Petitionen im Parlament mehr Gewicht

bekommen sollen. Dazu könnten mehr öffentliche Beratungen des Ausschusses beitragen, ebenso häufigere Debatten zu Petitionen im Plenum des Parlaments.

Infokasten – So funktioniert eine Petition im Deutschen Bundestag

DIE BÜRGER-

BETEILIGUNG ist in Artikel 17 des Grundgesetzes geregelt. „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitte oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Der Petitionsausschuss ist das Stimmungsbarmeter der Bevölkerung.

EINE PETITION EINREICHEN

Einzelpetitionen können **per Post** an Deutscher Bundestag Petitionsausschuss Platz der Republik 1 11011 Berlin, **per Fax:** 030/227-36027 oder **online** unter <https://epetitionen.bundestag.de> eingereicht werden, öffentliche Petitionen nur über den elektronischen Weg.

VERLAUF

Jede Petition an den Bundestag wird geprüft. Dazu gibt es Sonderrechte, u.a. die Befragung von Regierungsvertretern oder Akteneinsicht zu nehmen.

ÖFFENTLICHE BERATUNG

Findet eine Petition innerhalb von vier Wochen 50.000 oder mehr Mitzeichner, wird über sie

in der Regel in einer öffentlichen Sitzung beraten. Findet eine Petition keine 50.000 Unterstützer, kann unter Umständen trotzdem eine öffentliche Anhörung angesetzt werden.

ABSCHLUSS

Nach Abschluss des Verfahrens erhalten alle Petenten eine inhaltliche Begründung für die Entscheidung.

ERFOLGREICHE PETITIONEN

Wesentliche Verbesserung für Waisen bei der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Bei Heil- und Hilfsmitteln wird bei Ausschreibungen mehr auf die Qualität geachtet. Nicht allein der Preis entscheidet über die Vergabe.